

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenköpfige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 305.

Donnerstag, den 30. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

Es muß anders werden!

Unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, läßt neuerdings Parteigenossen zu Worte kommen, die als Arbeiter in Berliner Betrieben tätig sind und die Zustände dort aus eigener Erfahrung kennen, um die Stimmungen und Auffassungen widerzuspiegeln, die in breiten Arbeiterkreisen vorhanden sind. Als erster hat Genosse Bernhard Krüger, Betriebsrat der A. E. G. das Wort erhalten. Seine Ausführungen dürften über den Bannkreis von Berlin hinaus Interesse beanspruchen, denn mehr oder weniger liegen die Verhältnisse überall gleich.

Redaktion des „Lüb. Volksb.“

Es gärt in der Arbeiterschaft. Dumpf lastet die Verzweiflung auf ihr. Täglich sinkt ihre Lebenshaltung tiefer. Und während sie nicht mehr imstande ist, sich auch nur noch genügend zu beköstigen, geschweige denn sich Kleidungsstücke oder Wäsche anzuschaffen, schwelgt ein Teil der Bevölkerung im üppigsten Luxus. Geht der Arbeiter mit hungrigem Magen, in abgerissener Kleidung, mit durchlöchernten Schuhen, ja, oft ohne Unterwäsche durch die Straßen, so sieht er in den Schaufenstern die schönsten Delikatessen, Kleidungsstücke, Wäsche in Hülle und Fülle zur Schau gestellt. Das wirkt stärker als jede Agitation. Dazu steigt die Arbeitslosenziffer von Tag zu Tag. Während ferner die Arbeiterschaft nach Verdienst besteuert wird, drücken sich die besitzenden Klassen vor Steuerabgaben soviel wie möglich.

Diese Zustände bilden den fruchtbaren Boden der kommunistischen Arbeit. Nicht aus Überzeugung kauft man dieser wüsten Agitation nach, die vor Lüge und Verleumdung nicht zurückschreckt, sondern weil es „so nicht weiter gehen kann und was anderes kommen muß“. Bei den Kämpfen innerhalb der Betriebe spielt dieses Wort die Hauptrolle.

Ja, es muß anders werden, soll nicht die Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden erleiden und das Unternehmertum letzten Endes triumphieren.

Die gewerkschaftliche Disziplin ist ins Wanken geraten und lockert sich mit jeder Steigerung der Notlage mehr. Mit Vernunftgründen ist der hungern- den Masse nicht beizukommen. Ein typisches Beispiel boten die Betriebs- und Branchenversammlungen der letzten Wochen. Sprach ein Kommunist, der das dümmste Zeug zusammenschwatzte, so war er rasenden Beifalls sicher, wenn er nur seine Rede mit Hinweisen auf die elende Lage der Arbeiterschaft spickte. Und hatte man im vergangenen Jahre unsere Genossen als Verräter beschimpft, so geschah dasselbe nun auch einem Ziska, Ulrich und Genossen unter dem Beifall derselben Masse, die einst ihnen zjubelte. Sprach ein Genosse der S. P. D. oder U. S. P. D., so war er von vornherein fest davon überzeugt, daß er entweder heruntergebrüllt werden, oder daß man ihm durch die übliche Begleitungsmusik das Reden bis aufs äußerste erschweren würde. Voll Ekel haben sich viele aus diesen Versammlungen zurückgezogen. Meldeten sich doch in den Diskussionen fast nur noch Genossen der S. P. D., während die U. S. P. D. schwieg.

Diese Gleichgültigkeit muß abgeschüttelt werden. Wir müssen die Vernunft bewahren, soll nicht alles zum Teufel gehen! Im Kampfe um die Berliner Ortsverwaltung ist diesmal die Vernunft Sieger geblieben. — Auf wie lange, wer weiß es? Täuschen wir uns nicht: die Radikalisierung der Massen macht weitere Fortschritte. Die Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft sind leider noch nicht beendet. Die K. P. D. rüstet, und ihre Presse deutet immer deutlicher an, was kommen soll. Die Not der Vermissten der Armen, der Arbeitslosen, will man zu politischen Parteizwecken mißbrauchen. „Befreiung der Betriebe“ ist die neueste Parole.

Die Arbeitslosen werden darauf hereinsinken. Wer will etwas anderes erwarten? Sie greifen nach jedem Strohhalm, der sich ihnen bietet. Aber im Hintergrunde lauert das Verderben. Eine bessere Hilfe kann der Reaktion nicht geleistet werden, als jetzt durch diese Dummheit, zu der die Arbeiter verleitet werden sollen. Das muß verhindert werden. Deshalb müssen alle einsichtigen Gewerkschaftskollegen auf den Plan treten. Es gilt, den Ansturm der K. P. D. abzuschlagen. Darum werft die Apathie von Euch. Eilt in die Versammlungen, tretet ein für Eure Ideen. Werft Eure Stimme in die Waagschale.

Auf der anderen Seite rufe ich unseren Genossen in Reichstage zu: Tut Euer Möglichstes, den Lebensmittelpreisaufbau zu erreichen! Nicht Lohnerhöhungen können uns helfen, sondern nur Abbau der Lebensmittelpreise. Die jetzige Regierung ist nicht gewillt, ernsthaft der Not der Arbeiterklasse zu steuern. Sie hat auch kein Interesse daran. Je größer das Elend, je größer die Verzweiflung der Arbeiterschaft, und um so leichter wird man mit ihr im gegebenen Augenblick fertig. Deshalb darf sich

diese Regierung nicht mehr auf unsere wohlwollende Neutralität stützen.

Schafft baldigst billiger Brot und Kleidung. Vermindert den Druck der Steuerlasten und zieht die Besitzenden um so schärfer zu Steuerabgaben heran! Schafft Arbeit, verschafft der Arbeiterschaft Erleichterungen ihrer unerträglichen Lage, es ist höchste Zeit, soll nicht die gesamte Arbeiterbewegung den allerschwersten Schaben erleiden!

Ein neues Ententeultimatum?

Die deutsche Regierung hat die Entente zweimal um die Erlaubnis gebeten, entgegen dem Abkommen von Spa, die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen beibehalten zu dürfen. Auch durch die rundweg ablehnenden Bescheide des Generals Nollet hat sich die gegenwärtige Reichsregierung nicht veranlaßt gesehen, die Verpflichtungen von Spa über die Einwohnerwehren zu erfüllen. Ebenso hat die gegenwärtige Reichsregierung gegen andere Entwaffnungsmaßnahmen der Entente fortwährend Widerstand geleistet. So hat sie ein großes Lamento angestimmt, es sollten den ostpreussischen Festungen ein paar Duzend Geschütze mehr gelassen werden. Endlich scheint es in diesem ewigen Hin und Her auch zu Mißverständnissen über die Umwandlung der Sicherheitspolizei in eine allgemeine Ordnungspolizei gekommen zu sein.

Die Entente-Agenturen berichten nunmehr, daß die interalliierte Vorkonferenz die Angelegenheit der Entwaffnung Deutschlands an die Entente-Regierungen selbst verwiesen hat. Das kündigt aller Wahrscheinlichkeit nach Zwangsmassnahmen an. Wir werden nicht überrascht sein, wenn in den nächsten Tagen eine Ententenote die sofortige Auflösung der vertragswidrigen Organisationen unter Androhung des Einmarsches fordert. Deutschland steht vor einer neuen internationalen Krise.

Es ist völlig unbegreiflich, was die gegenwärtige Reichsregierung und ihre in Urlaub weilenden Minister — insbesondere der Kanzler und der Außenminister, beide in dieser Zeit „fern von Madrid“ — mit ihrem Widerstand gegen die Entwaffnung bezweckt haben. Deutschlands einziges wirkliches Interesse ging doch dahin, die Entente zu überzeugen, daß Deutschland es mit dem Frieden ehrlich meine und nichts anderes im Sinne habe, als sich die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit wieder zu verschaffen. Eine solche Politik war nicht aussichtslos, weil nach der Vorkonferenz der sozialistische Außenminister die Entente in Brüssel recht entgegenkommende Worte fand, die wohl als Ausdruck des Entschlusses gelten konnten, Deutschland nicht zu töten und zu verderben, sondern nur auszubeuten. Dieses aber ist selbstverständlich nach der katastrophalen Niederlage der wilhelminischen Generale für Deutschland die gegenwärtig günstigste Möglichkeit.

Statt diese günstige Aussicht wahrzunehmen, hat die gegenwärtige Reichsregierung sich von ostpreussischen und bayerischen Reaktionsären und Militaristen einsperren lassen und führt mit der Entente ein großes Gefecht um Einwohnerwehren und Festungsartillerie auf. Abgesehen davon, daß Deutschland sich dabei moralisch ins Unrecht setzt, weil es die Erfüllung eingegangener Verträge verweigert, kann dabei selbst im Falle eines Erfolges für das deutsche Volk kein Nutzen herauspringen. Eben veröffentlicht des deutschen Volkes Unheilsmann, der General Leubneroff, eine Unterredung, in der er klipp und klar nachweist, daß Deutschland gegenwärtig keinen Krieg führen kann. Wenn aber schon ein so eingesehener Militarist wie Ludendorff alle Möglichkeiten eines Kampfes für Deutschland verneint, dann sollte man es ihm wirklich glauben und nicht unnütze lange Noten über ein paar Kanonen oder dergleichen wertlose Mordwaffen zusammenschreiben. Deutschland kann nur durch vollkommene Entwaffnung und klare Friedenspolitik wieder in die Höhe kommen. Man durfte annehmen, daß dies auch dem Außenminister Dr. Simons klar sei, und daß er danach seine Politik einrichten werde. Aber dieser Dr. Simons ist ja nur ein Stück Wachs: wer auf ihn drückt, der formt ihn. Und so hat er sich ganz zum Diener des Fortrats Eicherich, des Herrn von Rahr und des soeben beförderten Kapuzinen-Generals v. Dassel gemacht und treibt statt deutscher, statt vernünftiger Politik, militaristische Orgesch-Politik.

Sicherlich gibt es in Frankreich und England einzelne Kreise, welche die monarchistisch-militaristische Reaktion in Deutschland zu fördern geneigt sind und ihr Versprechungen machen. Aber die Regierungen Englands und Frankreichs denken ebenfalls wenig daran, wie der gewiß monarchistische Bismarck nach 1871 daran gedacht, hat, die Politik des Grafen Arnim gutzuheißen und die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich zu begünstigen. Die Regierungen Frankreichs und Englands können das gar nicht, schon in Rücksicht auf die streng demokratische Bestimmung ihrer Völker.

So häßt die jüngste Politik des Dr. Simons Deutschland ganz unnütz in Abenteurer. Man stelle dem gegenüber die Haltung der deutschen Bergarbeiter, die durch Ueberstichten zwei Millionen Tonnen Kohle im Monat mehr gefördert haben, als im Vorjahr, lediglich um den Vertrag von Spa zu erfüllen und eine weitere Herabdrückung des armen gequälten deutschen Landes zu verhüten. Kann irgend ein vernünftiger Mensch erwarten, daß die Bergarbeiter dauernd diese Opfer bringen, wenn sie eine Reichsregierung von Reaktionsären und Narren am Werke sehen, welche nicht nur die Sozialisierung sabotieren, sondern auch durch offene

Auslieferung gegen den Vertrag von Spa im Dienste der Reaktion das Ruhrrevier der Gefahr des feindlichen Einmarsches direkt aussetzen?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seinerzeit der Regierung Fehrenbach-Simons keine Steine in den Weg gelegt, weil einmal die Bildung einer anderen Regierung nicht möglich schien, und weil auf der anderen Seite dadurch wenigstens die Deutschnationalen von der Regierungsmacht fern gehalten wurden. Deutschnationale im Reichskabinett: das hätte neue innerpolitische und außenpolitische Krisen bedeutet. Aber die jetzige Reichsregierung hat die Politik sich einfach von den Agrariern, Kapitalisten und Reaktionsären aufzwingen lassen, und damit ist der letzte Grund fortgefallen, der für ihre Duldung angeführt werden konnte. Gegen diese Reichsregierung der Reaktion und der Obstruktion einer vernünftigen Friedenspolitik kann es für die Sozialdemokratie unseres Erachtens nur noch schärfste und rücksichtsloseste Opposition geben.

Die Feststellung der Sachverständigen.

Nach einer Meldung aus Brüssel sind soeben die ersten Ergebnisse der Untersuchung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands, die auf Anordnung der Sachverständigenkommission in Brüssel vorgenommen wurde, veröffentlicht worden. Darin wird gesagt, daß die Wirtschaftslage Deutschlands nach seinen territorialen Einschränkungen nicht schlechter sei, als zu erwarten war. In Brüssel scheinen drei Gesichtspunkte aufgestellt worden zu sein:

1. Das deutsche Budget enthalte unverantwortliche Ausgaben.
2. Die gewerbliche Erzeugung Deutschlands im ganzen genommen zeige nach den eingezogenen Informationen die Lebensfähigkeit der deutschen Industrie.
3. So intensiv die deutsche Produktion auch arbeite, könne sie doch noch ganz beträchtlich gesteigert werden.

Auslieferungsvertrag mit Danzig.

Die „Eilbinger Zeitung“ berichtet, sind Deutschland und der Freistaat Danzig übereingekommen, die gegenseitigen Steuerdrücke beider Seiten auszuliefern. Ein dementsprechendes Abkommen soll in allernächster Zeit rückwirkend in Kraft treten.

Die deutschen Hoheitsrechte auf dem Rheinstrom in Gefahr.

Am 7. Dezember sind auf Veranlassung des Vorsitzenden der interalliierten Schifffahrtskommission in Köln, des französischen Obersten Dumont, zwei Polizeiboote der Rheinstrombauverwaltung (in Bingerbrück und St. Goar) von den Franzosen requiriert worden. Dem zuständigen deutschen Vertreter erklärte Oberst Dumont einige Tage später, er habe den Auftrag, die gesamte Schifffahrts- und Strompolizei, sowie die kriminelle Polizei auf dem Rhein innerhalb der französischen Zone zu übernehmen. Er würde dafür sämtliche Polizeiboote der Rheinstrombauverwaltung in Beschlag nehmen und sie seinerseits zur Ausübung der Schifffahrts- und allgemeinen Polizei in Dienst stellen. Mit der Polizeiaufsicht zu Lande sowohl wie zu Wasser würden französische Offiziere beauftragt werden. Die Wasserbaubehörden müßten unter völliger Kontrolle der interalliierten Schifffahrtskommission ihren Dienst verrichten. Die Polizeiboote hätten die Flagge der Schifffahrtskommission zu führen und die Angestellten der Wasserbaubehörden würden mit einer Armbinde der Kommission versehen sein. Im Falle der Weigerung sollte die Auflösung der bestehenden Behördenorganisationen erfolgen. Nach weiteren Nachrichten gelang es anscheinend inzwischen dem französischen Einfluß, die interalliierte Schifffahrtskommission zu beschließen zu veranlassen, die auf der Übernahme der gesamten Polizeigewalt auf dem Rhein innerhalb sämtlicher vier Besatzungszonen durch die alliierten Militärbehörden abzielen.

Von den deutschen Stellen sind, wie verlautet, alsbald nach dem Befanntwerden der gegnerischen Absichten, die bezweckten, Deutschland den letzten Rest seiner schon durch den Vertrag von Versailles auf das äußerste eingeschränkten Hoheitsrechte auf dem deutschen Rheinstrom zu rauben, energische Schritte unternommen worden, um die Zurücknahme der getroffenen Anordnungen zu erreichen und die weiteren Maßnahmen ähnlicher Art zu verhindern.

bern. Insbesondere wird, einer halbamtlichen Mitteilung zufolge auch darauf gerechnet werden können, daß den beteiligten Beamten der Abstrombauverwaltung gegenüber etwaigen Willkürakten der Befehlsbehörden ein wirksamer Schutz zuteil wird.

Keine Verhandlungen mit Polen.

Gegenüber einer aus Warschau inspirierten Meldung, wonach zurzeit Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag geführt würden, erklärt der „Pol.-Anz.“, daß zwar vor einiger Zeit unverbindliche Besprechungen über diese Frage stattgefunden hätten, die aber infolge der unversöhnlichen Haltung der Warschauer Regierung ergebnislos verlaufen seien. Seitdem fänden keinerlei Verhandlungen statt. Damit erübrigt sich auch der Teil der genannten Meldung, der bereits von einem deutschen Angebot von Lokomotiven, Waggons, von Kaff zu berichten wußte und behauptete, die Polen seien dafür erbötig, Konzessionen bei der Liquidation der konfiszirten deutschen Güter zu machen. Wer übrigens den Standpunkt Deutschlands in dieser Frage kennt, weiß, daß es nicht in der Lage ist, Verhandlungen auf einer so schmalen Grundlage zu führen.

Die Verhandlungen von Abazia.

M. Lugano, 26. Dezember. In Abazia wurden die Verhandlungen zwischen dem General Ferrari und den Vertretern von Fiume eröffnet. General Ferrari stellte als Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen die Anerkennung des Vertrages von Rapallo, worauf die Vertreter Fiumes erklärten, zunächst die Zustimmung d'Annunzios einholen zu müssen. Nachmittags 3 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und waren um 5 1/2 Uhr noch nicht beendet. Daraus glaubt man schließen zu können, daß d'Annunzio bereit ist, den Vertrag von Rapallo anzuerkennen. Giolitti erklärte gestern im Senat, daß er angesichts der Verhandlungen in Abazia keine Mitteilungen über Fiume vor deren Beendigung machen könne.

Die „Idea Nazionale“ meldet aus Bolosca: Die Zahl der bei dem Sturm auf Fiume getöteten regulären italienischen Soldaten beträgt etwa 400. Die Zahl der Verwundeten ist so groß, daß sie in Eisenbahnwagen fortgeschafft werden mußten. Auch Zivilisten, darunter Frauen, nahmen an der Verteidigung Fiumes teil.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Verkleinerung des Reichstages?

Nach Mitteilungen der Presse ist ein neues Wahlgesetz in Vorbereitung, das eine Verkleinerung des Reichstages dadurch herbeiführen will, daß erst auf 75000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Der Reichstag wurde dann nicht mehr 466, sondern nur noch 360 Abgeordnete zählen.

Auch in Preußen sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Die Landesversammlung zählt jetzt rund 450 Mitglieder, während der künftige Landtag höchstens 350 Abgeordnete aufweisen soll.

Wahlorgen der „Unabhängigen“.

In frischer Erinnerung dürften unseren Genossen noch die Versuche der „Unabhängigen“ sein, überall unsere Wahlversammlungen zu sprengen und die Redner auszunutzen. Alle diese Mühe war vergeblich. Unsere Partei ist heute innerlich gefestigter als je vorher. Der Zusammenhalt ist besser. Unsere Einnahmen erreichen eine Höhe wie nie zuvor. Alle Versuche der „Unabhängigen“, unser Ansehen in der Arbeiterbewegung zu untergraben, sind vergeblich gewesen. Aber die Methoden der „Unabhängigen“ haben Schule gemacht, und was sie gegen uns vergeblich versuchten, wird jetzt erfolgreich gegen sie von den Leuten der R. P. D. ausgeübt. In Berlin, wo die „Unabhängigen“ noch vor kurzem die stärkste Partei waren, wo sie noch bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung einen gewaltigen Sieg ausposaunten, wagen sie heute nicht mehr, in öffentlichen Versammlungen aufzutreten. Für den 30. Dezember hat die U. S. P. D. die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission und die Objekte der großen Betriebe zu einer Sitzung zusammenberufen, um zu erwägen, wie man ohne allgemein zugängliche Versammlungen den Wahlkampf für das Reichsparlament in Berlin führen könne. Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. räumt damit das Feld der öffentlichen Agitation. Sie wagen nicht mehr, Auge im Auge ihren Gegnern entgegenzutreten. Sie fürchten, wie es in dem Einladungsbriefen zu der genannten Sitzung am 30. Dezember heißt, „daß die von unserer Partei einberufenen öffentlichen Versammlungen wohl mehr oder weniger zum Zusammenbruch von kommunistischen Phrasenreden werden würden“. Deshalb wollen sie sich auf die Agitation in den Betrieben beschränken. Späti kommen sie zu der Erkenntnis, der Öffentlichkeit nicht das Schauspiel zu bieten, daß wir Arbeiter selber in die verächtlichsten Lager geschleppt sind, uns gegenseitig bekämpfen, anstatt geschlossen den Kampf gegen die Reaktion zu führen. Aber jetzt kommt diese Einsicht zu spät. Jetzt geht die U. S. P. D. rasch ihrem Verfall entgegen. Sie fürchtet nichts mehr als das Volksteil vom 20. Februar 1921 in Preußen. Wie weit wären wir in Deutschland, wenn die „Unabhängigen“ schon am 9. November 1918 zu der Einsicht gekommen wären, zu der sie heute, viel zu spät für sie und für die gesamte Arbeiterbewegung, gelangt sind!

Abstieg von Halle.

Nach dem Verfall des Krieges trifft die Deutschnationalen ein weiterer furchtbarer Schicksalsschlag: Hermann Müller stellt mit Ende des Jahres keine Möglichkeit als Hauptstütze der „Deutschen Zeitung“ ein. Die ganze Größe dieses Verlages kann man sich vorstellen, der regelmäßig und ausnehmend die journalistischen Leistungen dieses Mannes verleiht hat. Müller hat die Kompetenz sehr richtig erkannt, die heute eine gewisse Vereinigung von nationalsozialistischen Demagogen und Kleinrentnern in der Hand des Reichstages hat. Müller hat die Kompetenz sehr richtig erkannt, die heute eine gewisse Vereinigung von nationalsozialistischen Demagogen und Kleinrentnern in der Hand des Reichstages hat. Müller hat die Kompetenz sehr richtig erkannt, die heute eine gewisse Vereinigung von nationalsozialistischen Demagogen und Kleinrentnern in der Hand des Reichstages hat.

Die Eisenbahner beim Reichsverkehrsminister.

Mittwoch nachmittag empfing Reichsverkehrsminister Ordner den Sechszehnerauschuss der vier großen Eisenbahnerorganisationen zu einer mehrstündigen, grundsätzlichen Aussprache über die von den Verbänden vertretenen Forderungen. Der Minister erklärt nach Meldungen Berliner Blätter, eine befriedigende Lösung der Besetzungslage der Beamten anstreben zu wollen. Ordner streifte dann die wirtschaftliche Lage der Eisenbahnen, die eine sehr umfassende Umgestaltung nötig mache. Ein Streik, wie er angedroht wird, würde nicht nur unser ganzes Verkehrsleben und unsere Volkswirtschaft erschüttern, sondern auch die Existenz der Beamten zerstören.

Heringefallenen Denunzianten.

Die reaktionäre Presse, die jedesmal über Denunzianten lacht, wenn ein wirklicher Kuppist angeklagt wird, hatte sich vor einiger Zeit das Musterstück reaktionärer Dreistigkeit geleistet, den ihr unbehaglichen Staatssekretär Freund wegen Einverständnis mit der Kapp-Regierung zu denunzieren. Ein ähnliches Schicksal dürfte kaum je in der Weltgeschichte dagewesen sein, daß die moralischen Helfershelfer eines politischen Verbrechens der Milderkeit beschuldigt werden. Durch die gegen Dr. Freund eingeleitete disziplinarische Untersuchung ist jetzt die Denunziation vollkommen zusammengebrochen. An den reaktionären Denunzianten wäre es jetzt, sich über und über zu schämen. Aber das Gefühl der Scham ist ihnen längst abhanden gekommen.

Der Herr Heberall.

Julius Eames ist in den Aufsichtsrat der bekannten Elektrizitätsfirma Siemens & Halske gewählt worden.

Die Kohlenpreise.

Der Große Ausschuss des Reichs-Kohlenrates und des Reichs-Kohlenverbandes hielt in Berlin eine Sitzung ab, um zu den seit einiger Zeit wiederholt beantragten Kohlenpreiserhöhungen Stellung zu nehmen. Die Preiserhöhungen wurden teilweise gegen den Widerspruch der Regierung beschloffen. Staatssekretär Prof. Hirsch erklärte im Auftrage der Regierung, daß die Stellungnahme der Reichsregierung den Forderungen auf Kohlenpreiserhöhungen gegenüber grundsätzlich unverändert sei. Eine Verringerung der Kohlenpreispolitik sei auch deshalb unzumutbar, weil die gesamte Weltmarktlage durch die Absatzstörung beeinträchtigt sei. Die in Brüssel geführten Verhandlungen könnten zudem Änderungen der gesamten Wirtschaftslage herbeiführen und insbesondere vielleicht die Folge haben, daß auch Deutschland an dem Preisabbau der ganzen Welt teilnehme. Allein schon aus diesem Grunde erscheine der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet, die Kohlenpreise zu verändern. Wenn trotzdem für einige Nebenreviere die Preiserhöhungen nicht beanstandet worden seien, so bedeute das zwar eine Durchbrechung der allgemeinen Preispolitik der Regierung, aber es handelte sich hierbei um Ausgleiche, die aus örtlichen Gründen notwendig geworden waren und für die allgemeine Preislage keine erhebliche Bedeutung haben. Demzufolge beanstandete die Regierung die Preiserhöhungsbeschlüsse für Rheinland-Westfalen, Niedersachsen, Mitteldeutschland und Ostpreußen. Hingegen erfolgte zum Ausgleich bereits zurückliegender und die Selbstkosten stark belastender Ausgaben eine Beanstandung nicht, aber nur teilweise, für die sächsischen Steinkohlenreviere und für die Braunkohle aus den Revieren von Frankfurt a. d. Oder, Görlitz und Kassel, für bayrische Braunkohle- und rheinische Braunkohlenreviere.

Fälscher im Saargebiet.

Im Sommer dieses Jahres wurden im Saargebiet verschiedene Briefe veröffentlicht, die angeblich von Berliner Bureaus kommen sollten und in denen sowohl die betreffenden Berliner Bureaus wie auch einzelne Persönlichkeiten im Saargebiet bei den deutschen Behörden bloßgestellt werden sollten. Kummern sind eine ganze Reihe solcher gefälschter Schriftstücke bei einem gewissen Fint aus Altmühl gelegentlich seiner Verhaftung in Berlin gefunden worden. Fint gab an, diese Dokumente teilweise entworfen, teils sie von einer Schreibdame aus dem Bureau der U. S. P. D. in Saarbrücken erhalten zu haben. Er beabsichtigte, sie in Berlin zu verkaufen. Die Briefe lassen auf den ersten Blick die Fälschungen sofort erkennen. Aus dem Inhalt geht hervor, daß der oder die Fälscher beabsichtigten, bestimmte Personen des Saargebietes bei den französischen Behörden als verdächtig erscheinen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß manche Familie im Saargebiet ihr Unglück diesen Fälschern zu verdanken hat.

Die Ruhrbergleute machen nicht mehr mit.

In Berlin ist eine Abordnung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet eingetroffen, um in der Reichsregierung die Forderung nach der raschen Entwaflnung der bayrischen Einwohnerwehren zu stellen, weil sie nicht weiter die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes ausgeht sein wollen. Die Forderung soll mit der Drohung begründet werden, bei einer weiteren ablehnenden Haltung Bayerns die Lieferung von Ruhrkohlen dorthin einzustellen.

Kommunistische Bilderstürmer.

In einer Zuschrift aus Gotha an die „Freiheit“, das Organ der Berliner „Unabhängigen“, werden Kristallstrahlen darüber gehalten, daß auf Verlangen der kommunistischen Mehrheit des Gothaer Gewerkschaftsrates das im Gothaer Volkshaus hängende Bild des alten Wilhelm Bock entfernt werden mußte, obgleich Bock seit über fünfzig Jahren in selbstloser und aufopferndster Weise in der sozialistischen Bewegung in norddeutscher Reihe gekämpft habe. Ganz besonders hätten sich der Karriernozisende, der Kommunist Böhm, von dem niemand wisse, wie lange er schon der Partei angehört, und der Sekretär der Vereinigten Kommunisten, Hans Müller, ehemals kaiserlicher Feldwebel und Rekrutenführer, für den Antrag eingesetzt, daß man das Bild eines „Verräters“ nicht länger im Volkshaus dulden dürfe. — Es geht mir die Bilderstürmer der Kommunisten verdammt: Der „Unabhängigen“ gegenüber kann man sich erlauben, nur von den Kommunisten, was sie getan haben und verdienen deshalb kein Mißtrauen.

Dynamitanschlag.

Das Eisenfeld wird gemeldet: Ein neues Dynamitanschlag, das heute in wenigen Wochen, wurde in dem Wirtschaftsraum in der Dammstraße verübt. Es handelt sich um einen Anschlag auf den Reichsminister des Innern, der im Hangerfeld liegen ist, verübt hat. Der Anschlag ist ein Verbrechen, das die Unternehmung in dem Hochverratsgesetz gegen den Reichsminister. Die Täter sind unbekannt.

Verheimlichtes Heeresgut.

Auf dem Grundstück Danzigerstraße 18 in Köslin, welches Major a. D. Fuchs bewohnt, wurde von Kolberger und Kösliner Kriminalpolizei Flugzeugmaterial im Werte von mehreren Millionen beschlagnahmt. Die „Volkszeitung für Hinterpommern“ vermutet, daß es sich um verheimlichtes Heeresgut handelt. In der Scheune des Landhauses wurden 19 große Kisten, 8 mittlere und 14 kleine Kisten beschlagnahmt, die auf zwei Rollwagen abtransportiert wurden. Die 19 großen Kisten enthalten höchstwahrscheinlich Flugzeugmotoren; in den übrigen Kisten wurden sehr kostbare photographische Instrumente, wie sie zu den photographischen Aufnahmen aus den Flugapparaten von den Fliegern benutzt werden, gefunden. Wie angenommen wird, sollten diese Instrumente, die heute kaum noch hergestellt werden, nach Polen verschoben werden. Dagegen berichtet das „Kösliner Volksblatt“, daß die Sachen auf dem Grundstück untergebracht worden sind, um sie dem Zugriff der Entente zu entziehen.

Kleine politische Nachrichten.

Die französische Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, der die Bestimmungen über Kriegsschäden auch auf Elb-Lothringen ausdehnt.

Die preussische Regierung hat ihren Vertrag mit inaktiveren „Deutschen Uig. Ztg.“, entsprechend einem Beschluß der preussischen Landesparlamente, mit sofortiger Wirkung gekündigt.

Gegen den Kommunisten Klein aus Hamburg, der in der Arbeitslosenversammlung am Montag nachmittag in Breslau auf dem Schlossplatz die Massen zu den gemeldeten Kundgebungen aufrief, ist ein Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen worden.

Auf der Fahrt zwischen Schmalkalden und Meiningen wurde ein Mann verhaftet, der einen jungen Verkehrsbeamten unter falschen Vorpiegelungen zum Eintritt in die französische Fremdenlegion verleiten wollte.

Die Ruhr-Regierung beabsichtigt die bayerische Gesellschaft in Stuttgart, die unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann aufgehoben wurde, wieder herzustellen.

Nach einer Meldung der „Times“ weigern sich von dem neuen jugoslawischen Parlament nicht weniger als 180 Mitglieder, den Treueid für den König abzulegen.

Bei den schweizerischen Gemeindevahlen zeigte sich, wie schon bei den Reichstagswahlen, eine Verschiebung nach rechts bei gleichzeitigem Stimmenrückgang aller Parteien, am stärksten der Linksozialisten.

Die englisch-irischen Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Irland sind abgebrochen worden.

Die Sinesenerführerin Gräfin Marikow ist zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil sie in Irland Vereinigungen gegründet haben soll, die Angriffe auf Postisten und Soldaten vorbereiteten.

Die erste Sitzung der griechischen Kammer zur Entgegennahme der Thronrede findet am 5. Januar statt. Am 24. Januar soll die Wahl des Kammerpräsidenten stattfinden.

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird auf 2 1/2 Millionen geschätzt.

Ungarn.

Prügelstrafe für Zigarettenhändler.

U. Budapest, 29. Dezember. Auf einem Schlepper, der von Belgrad nach Wien unterwegs war, wurden 50 000 Havana-Zigaretten und mehrere 100 000 ausländische Zigaretten beschlagnahmt. Den Schmugglern wurde die Anwendung der Prügelstrafe in Aussicht gestellt.

Gnadengesuch für die Volkskommissare.

Die Verteidiger der zum Tode verurteilten ehemaligen Volkskommissare haben dem Reichsverweser ein Gnadengesuch überreicht.

Frankreich.

Klara Zetkin in Tours.

Der sozialistische Parteitag in Tours setzte am Dienstag die Erörterung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale fort. Lebas erklärte, er sehe in Demins Wert wohl eine Zerstörung, aber keinen Wiederaufbau. Bevor von einer Diktatur des Proletariats gesprochen werden dürfe, müsse das Proletariat erst erzogen werden. Kurz vor Beendigung der Vormittags-Sitzung traf ein Telegramm Klara Zetkins ein, das sich für die dritte Internationale aussprach. — In der Nachmittags-Sitzung erschien plötzlich Klara Zetkin, der die französische Regierung bekanntlich die Einreiseerlaubnis verweigert hatte, selbst. Der Generalsekretär der Partei, Prossart, befand sich gerade auf der Tribüne, um den Anschluß an die 3. Internationale zu verteidigen, als plötzlich ein Delegierter dem Präsidenten einige Worte ins Ohr flüsterte. Der Präsident erhob sich und verkündete die Anwesenheit der deutschen Delegierten. In einem ziemlich reinen Französisch fiel dann Klara Zetkin über die Genossen Sembat, Renaud und Longuet, die sie zu gemüht findet, her. Klara Zetkin erklärte, daß man zuerst eine Spaltung herbeiführen müßte, um dann im revolutionären Werk selbst eine Vereinigung zu finden. Die gegenwärtige sozialistische Einigkeit sei nur ein einfüßiges Gebäude, ein Gefängnis, in dem die Tendenzen der Linken, die Gefängniswärter der Tendenzen der Rechten sind. Klara Zetkin verschwand nach ihrer Rede so plötzlich, wie sie gekommen war. Als Klara Zetkin sich zurückzog, durfte niemand das Haus verlassen. Der Kongress tagte eine halbe Stunde hinter verschlossenen Türen, um eine Denunziation zu verhindern.

Wie es der greisen Klara Zetkin, die noch dazu fast völlig erblindet ist, gelungen ist, den französischen Grenzbehörden ein Schnippchen zu schlagen, ist ihr Geheimnis; aber wir bemerken ihr revolutionäres Ungestüm. Bedauerlich bleibt bei alledem nur, daß sie durch ihr Vorgehen erst recht die Brandfackel des Habers in das Haus der französischen Bruderpartei getragen hat.

Belgien.

Die deutschen Guthaben.

Der belgische Ministerrat hat beschlossen, den § 18 der Anlage 2 zu Artikel 244 des Friedensvertrages von Versailles in gleicher Weise wie die englische Regierung auszulegen. Damit ist, nach englischem Vorbild, auch in Belgien die Unantastbarkeit neuer deutscher Guthaben wiederhergestellt und die Anknüpfung normaler Handelsbeziehungen ermöglicht.

Schweden.

Die Juwelen des Fürsten von Albanien.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Stockholm: Das hiesige Hofgericht am Dienstag in dem Prozesse wegen der feineren in einem Flugzeuge nach Schweden gebrachten Juwelen des Fürsten von Albanien einstimmig zu einem Freispruch von allen Anklagen und Beschuldigungen. Die Freizugebe des gesamten Schmuckes wurde verfügt.

Damit hat die noble Wiedische Familie ihr Vermögen glänzend dem geliebten Vaterlande entzogen. Was wird die deutsche Justiz gegen die Schuldigen unternehmen?

Frida Glaser
Oskar Fahrenkrug
(11805) Verlobte.
Seeretz. Dänischburg.
Weihnachten 1920.

Mariechen Wulff
Paul Frank
(11817) Verlobte.
Lübeck, Molsse,
Kottwitzstr. 8. Neuland.

8 Planell-Strümpfe,
in Stfl. 42, Schaffstr. 44
m. Fortzweigenlage. (11798)
Dankmarstraße 64, Fl.

Rüchenschrank mit Auf-
satz, Abwasche mit Zinkblech
bitte zu verk. (11799)
Warenborst. 21, pt.

So'a u. 4 Stühle zu verk.
Fr. Spelmann, Tapezier,
11800) Schwart, Allee 18a.

Zur Anfertigung u. Um-
arbeitung von Pelzfächern
und Hüften
empfehl ich (11785)
Eise Gaertner,
Dummersdorf, Sand 9.

Mehrere Bureauchränke
zu kaufen gesucht.
Angebote unter C. M. F. an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

3. Hof. ein Logis gef. (11812)
Ang. u. D. G. a. d. Exp. d. Bl.

Gef. Arbeitsstube f. Schuh-
macher Mitte d. Stadt. (11811)
Ang. u. D. U. a. d. Exp. d. Bl.

Wer tauscht geg. H. Ein-
familienh. (Waffenmauer)
2-3-Zimmerwohn. (11814)
Ang. u. W. G. 50 a. d. Exp. d. Bl.

E. R. Mil.-Salbit. b. z. vt.
(11815) Klappenstr. 22 a. 1.

Schneiderin empfiehlt sich
(11820) Burgtor-Barade 2.

Weihnachtsdant.
Allen, die der Anstalt Vor-
werk in dieser Zeit so freundl.
gedachten, sei der herzlichste
Dant ausgesprochen. (11808)
J. H. P. Burwick.

Bestes hochwertiges
Kraftfutter
für Pferde, Kühe und
Schweine. (11791)
Th. Häveker,
Beim Retteich 5/11.

Dän. Fettkäse
11824
z. 12.- u. 14.-,
alt abgelagerter dän. Käse z. 9.-
" " Holsteiner z. 9.-
Rost. Butterhandlung
Beckergrube 9.

Schweinemastfutter
Maisstroh
Bohnenstroh
Erbsenstroh
Suppenmehl
empfehlen
Capell & Petersen Nachf.,
Wittstraße 102. (11789)

Fig. Klein u. Klein
sowie Schattendeckel, feinstes
Leder und Bucharbeit Nr.
42-44, Julest. u. Weihnachts
120 Stk. (11829)
Ernestinenstr. 17 pt.

**Vormwärts-
Kreuz-
Kalender**
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Visitenkarten
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zigarren Zigaretten Tabak!!
an Qualität das Beste!
im Preise das Billigste!
Verkauf zu und unter Fabrikpreisen! Schlüsselbuden 32.

**Kantorowicz-
Liköre**
Mönchs-Likör
Cherry Brandy
Curacao
Cordial Medoc
Tafel-Aquavit
Podbiscia
Allsch
Prünelle
grüne Pfeffermünze
Ingber-Magenlikör
ferner echten
Underberg-Boonetamp
Rum, Kognac u. Punsch
empfehl (11832)
Fritz Kruse,
Schlüsselbuden 32

Waisenhof Silvester-Ball
Neujahr u. Sonntag
Adlershorst.
Silvester: Großer Ball
Neujahrstag und Sonntag: (11796)
Groß. Ball.

Friedrichshof.
Freitag: Grosse Silvesterfeier
Neujahrstag: Gr. Tanzkränzchen
(11804) Eintritt frei.

Lübecker Weinhaus
Offo Voigt.
Fleischhauerfr. 14

Tarragona	Weinbrand	11787
Insel-Samos	Weinbrand-Verschnitt	
Sherry	Jamaica-Rum-	
Madeira	Verschnitt	
Malaga	Batavia-Arrac-	
Portwein	Verschnitt	
Bordeauxweine	Doppel-Kümmel	
Moselweine	Liköre / Punsche	
Rheinweine	— Apfelwein —	

Morgen, (11825)
Verkauf in der Markthalle
allert. amer. Schweineschmalz
(blütenweiß) Pfd. Mt. 17,00.

**Minjorisch-
Qualitäts-Bratöl**
Stück 50, 25, 15 und 10 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Wandkalender
des Lübecker Volksboten
in künstlerischer Ausführung
40 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Täglich frisch feinste
Mayonnaise
pro Pfd. Mt. 2.- ohne
Verpackung. (11810)
Mayonnaise-Salat
pro Pfd. Mt. 7.-
feinste Krabbas, natürlich,
in Dosen Mt. 7.-
feinste Giletheringe mit
Kremasauce
feinste Hollands mit
Kremasauce
feinst geröstetes See-
salz in Stücken, p. 5 Mt. 5.-
feinst geröstetes Salz
in Stücken pro 5 Mt. 5.-
u. feinstes Pfefferkörner
Paul Lehmann, Sand 9/11

**Kraftfuttermelasse,
Kokuskuchenschrot,
Zuckerschmitzel**
Th. Häveker,
11792) Beim Retteich 5/11.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitsbedingung
bei (11785)
Otto Albers
Markt 4 Lübb. 11
Kgl. h. R.-Spinn. Fabrik

St.-Gertrud-Schweinegilde.
Gr. Silvesterball
im Lokale Neulauerhof
am Freitag, dem 31. Dezember.
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
(11819) Der Vorstand.

Voranzeige.
Freitag, den 30.
Dezember 1920
Große Silvester-Feier
mit noch nie dagewesenen
Ueberraschungen.
Zischbeitellungen werden von jetzt ab ange-
nommen: Bureau, Breite Str. 47, l. Tel. 8155.
Eintrittskarten: Mt. 10.- das. u. abds. an d. Kasse.

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“
Rathenburger Allee. (11801)
Am 1. und 2. Neujahrstag:
Große Ballmusik.
Am 31. Dezember:
Große Silvesterball.

Pfeifen-Klub „Gut Qualm“
Großer Silvester-Ball
am 31. Dezbr. 1920 im Lokale „Einfegel“.
Konzertina-Musik. Anfang 7 Uhr. (11820)
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Freier Wassersport-Verein
Lübeck.
Einladung zur
Silvester-Feier
am Freitag, dem 31. Dezember 1920
bei Fr. Lender, Hundestraße 41.
Anfang 7 Uhr. (11816)
Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Gesangverein Einigkeit.
Großer Silvester-Ball
am Freitag, d. 31. Dezember 1920
im Gesellschaftshaus Marli.
Anfang 7 Uhr. Ende?
(11794) Der Vorstand.

Zentralhallen
Morgen (11821) Freitag: **Gr. Silvester-Tanz.**
1. und 2. Neujahrstag: **Gr. Tanz-Kränzchen.**

Gashaus zur Post
Schlutup.
Silvester: Großer Ball.
(11831) Anfang 7 Uhr:
1. und 2. Neujahrstag: **Gr. Ballmusik.**
Anfang 4 1/2 Uhr.

Luisenlust
Morgen: Großer Silvestertrubel
mit originellen Ueberraschungen.
Um 12 Uhr:
Abschiedsfeier v. alten u. Begrüßung des neuen Jahres
verbunden mit freiem Silvester-Punsch.
Alle Gäste herzlich willkommen. (11797)

Konzerthaus „Flora“
Silvester:
Tanz-Kränzchen.
Anfang 7 Uhr.

Salomba
schneeweiße
(11809) Wäsche.

Für die
Silvester-Feier
empfehle:
Jamaica-Rum-Verschnitt
32% 1/4 Flasche M. 40.-
40% 1/4 Flasche M. 50.-
ff. Rotwein
Span. Tafel-Rotwein
inkl. Steuer
1/2 Flasche M. 18.60
1918er französ. St.
George de Montagne
inkl. Steuer
1/2 Flasche M. 19.80
ff. Doppel-Kümmel
1/2 Flasche M. 34.-
ff. Tafel-Aquavit
1/2 Flasche M. 42.-
ff. Cognac-Verschnitt
1/2 Flasche M. 49.50
ff. Orig. Weinbrand
1/2 Flasche M. 55.-
Alles nur
Ia. Qualitätsware.
(Keine minderwertigen
Verschnitte.)

Ludw. Hartwig
Obertrave 8
(11802)
Billige Lebensmittel
Ländebierwurst 10, 15 u. 20 Mt.
ff. Mettwurst und Speck
Käse z. 10 Mt. Gerichte z. 18 Mt.
Beste Margarine tägl. frisch
W. Metz, Rosenstr. 12.
(11830)

Fackenburger
Liedertafel.
Silvester-Ball
am 31. Dezember.
Es ladet frbl. ein (11807)
Der Vorstand u.
O. Diederichsen.

Gedermans
8 1/2 Uhr
(11808)
Beginn d. Gastspiel
4 Orellys
und das phänomenale
Dezember-Programm.
Tanz. Humor. Stimmung.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 Uhr: 11806
Die Czikosbarones
Operette in 3 Akten v. Jarro.
Freitag 7 Uhr (1. Ab. Serie)
bei Schauspielpreisen
Große Silvester-Vorstellung
D. Großstadtkavalier
Schwank in 3 Akten von Okonorsky
mit Konzerteinlagen:
Dir. Ludewigs, Lisa Ludewigs-Korte,
Hilde Möbius, Betty Küger, Ewald
Kuntze, Reif Günther.
Sonnab. u. Sonnt. 7 1/2 Uhr
Der fidele Bauer.
Sonnab. 3 1/2 Sonnt. 3 1/2
Schneeweißchen u. Max und Moritz.
Rosenstr.

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag. Buchst. D u.
10. Vorst. i. Opern-Abonn.
D. Barbier v. Sevilla. 7.30.
Bartolo: Peter Hölriegel.
Freitag. Buchst. D und 10.
Vorst. im Schauspiel-Abonn.
Robert u. Bertram. 7 Uhr.
Sonnabend. Weihnachtsm.
Pups der Pitz. 8 Uhr.
D. Frau im Hermelin. 7.30.
Sonntag. 10. Veranstaltung f.
den Arb.-Bittungs-Verein
Robert u. Bertram 8 Uhr.
D. Frau im Hermelin. 7.30.

Gewerkschaftshaus.
2. Bunter Abend
am 2. Januar
abends 7 Uhr. (11813)
Einheitspreis 3.- Mt.
Rezitationen. Gesangsvor-
träge. Einakter.

Der Fremdenverkehr

zeigte wieder eine Abnahme. Die Zahl der Gäste, 22 847, blieb um 8656 und die der Hotelgäste insbesondere um 5716 hinter der des Vorjahres zurück...

Die Wanderungsbewegung

war gleichfalls nur von geringem Umfang; es zogen zu 6433 und fort 5298 Personen, das sind 1827 bzw. 1604 weniger als im Vorjahre.

Die Bautätigkeit

war wieder eine regere als im Vorjahre. Es wurden 179 (99) Wohnungen fertiggestellt, davon 65 (74) durch Neubau und 114 (25) durch Umbau.

Eisenbahn-, Straßenbahn- und Schiffsverkehrs.

Die Zahl der von der Eisenbahn beförderten Personen war bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft mit 3 504 531 um 196 434 und bei der Gütin-Lübecker mit 346 894 um 68 791 geringer als im Vorjahre.

Die Straßenbahn beförderte nur 4 396 281 Personen, d. h. 112 015 weniger als im Vorjahre. Dabei wurden an 95 041 Wagenkilometer mehr als 1919 zurückgelegt.

Im Seeschiffsverkehr liefen 670 (701) Schiffe mit 109 042 (135 197) Reg.-T. ein und 678 (748) mit 119 311 (141 873) Reg.-T. aus. Gegenüber dem Vorjahre sind das 101 Schiffe mit 48 717 Reg.-T. weniger.

Auf dem Schlachthofe

sind 429 (1649) Tiere geschlachtet, darunter 1045 (511) Kühe und Stiere, 828 (157) Schafe und 807 (28) Schweine.

Die wichtigsten Krankheitsfälle hatten am 1. September 422 Mitglieder, d. h. 6050 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der männlichen Mitglieder übertraf die vorjährige um 4161, die der weiblichen um nur um 1899.

Die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise wurden in 12 547 (12 108) Fällen um Arbeit angegangen. Offene Stellen waren aber nur 5429 (8147) vorhanden, von denen 4544 (6182) besetzt werden konnten.

Die öffentlichen Speiseanstalten fanden wieder nur geringen Zuspruch. In der Volkshalle war die Zahl der verbrauchten Speiseportionen am 1. September um 4908, die der Kinderportionen um 7785, die der Portionen Abendessen um 12 992 und die der Tafeln am 2143 niedriger als im Vorjahre.

Bei den Sparcassen und den Sparanlagen an öffentlichen Stellen wurden 4 285 835 M. (3 382 645 M.) mehr eingezahlt als abgehoben.

Die öffentliche Bibliothek hatte 55 522 oder 4599 Bände mehr als im Vorjahre aus und die Leihbibliothek nur 19 748 Bänden oder 5997 mehr als 1919 besetzt.

Die öffentliche Bibliothek hatte 55 522 oder 4599 Bände mehr als im Vorjahre aus und die Leihbibliothek nur 19 748 Bänden oder 5997 mehr als 1919 besetzt.

Die Zahl der in den öffentlichen Spielstätten verbrauchten Getränke belief sich am Ende des Jahres im allgemeinen um 28 000 (29 000) und die der Spielstätten um 28 000 (29 000) mehr als im Vorjahre.

Die öffentlichen Spielstätten hatten 166 (199) gewerbliche, 75 (127) und Spielstätten, 57 (107) und Spielstätten mit 15 (24) und Spielstätten, 29 (49) der Spielstätten nahmen einen öffentlichen Charakter.

Die öffentlichen Spielstätten hatten 166 (199) gewerbliche, 75 (127) und Spielstätten, 57 (107) und Spielstätten mit 15 (24) und Spielstätten, 29 (49) der Spielstätten nahmen einen öffentlichen Charakter.

Zur Frage des Preisabbaues.

Gegen die fortwährende Auspönerung des Volkes kann man sich die Finger wund schreiben, die, die es angeht, kümmern sich doch nicht darum. Die ganze Frage wird einfach der Sozialdemokratie und den „faulen“ Arbeitern in die Schuhe geschoben.

Trotz aller Bemühungen der Behörden für den Preisabbau der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sehen wir fortgesetzt ein weiteres Ansteigen der Preise auf fast allen Gebieten.

Alle Bemühungen, zu einem vernünftigen Preisabbau zu kommen, waren bisher so gut wie vergebens. Alle Ermahnungen an Produzenten und Händler verpufften wirkungslos.

Die Preise für Lebensmittel aller Art und Bedarfsgegenstände können unserer Meinung nach eine wesentliche Senkung erfahren, wenn Produzenten und Händler sich auch wirklich nur mit einem bescheidenen Verdienst begnügen wollten.

Dieses amtliche Schriftstück läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und läßt die Selbstbereiung der Profitjäger in das rechte Licht. Die fortwährende Preissteigerung hat unter der Aufsicht der Regierung in ganz unerhörtem Maße zugenommen.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Fleisch 1 Pfund (9.50), Kartoffeln 1 Zentner (35.-), Fett 1 Pfund (15.-), Margarine 1 Pfund (10.-), Zucker 1 Pfund (1.95), Gerste 1 Stück (1.-), Eier 1 Stück (1.50).

So arbeitet die sozialistische Regierung! Erkennt das Volk endlich seine wahren Freunde?

Der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Norwegen wird am 1. Januar über Lübeck, Hamburg und Rostock aufgenommen werden.

Erhöhung des Lohnes für Hofflandsarbeiter. Von der Arbeiterkammer in wiederholt beantragt, in Rücksicht auf die zunehmende Lernezeit der Hofflandsarbeiter bei Nicht-Arbeitslosigkeit auf 75 Prozent des jeweiligen Tariflohnes der Hofflandsarbeiter, also auf 4 Mk. festzusetzen.

Veränderungen für arbeitslose Arbeiter in Travemünde. Die der Arbeiterkammer in wiederholt beantragt, in Rücksicht auf die zunehmende Lernezeit der Hofflandsarbeiter bei Nicht-Arbeitslosigkeit auf 75 Prozent des jeweiligen Tariflohnes der Hofflandsarbeiter, also auf 4 Mk. festzusetzen.

Die öffentliche Bibliothek hatte 55 522 oder 4599 Bände mehr als im Vorjahre aus und die Leihbibliothek nur 19 748 Bänden oder 5997 mehr als 1919 besetzt.

Die öffentliche Bibliothek hatte 55 522 oder 4599 Bände mehr als im Vorjahre aus und die Leihbibliothek nur 19 748 Bänden oder 5997 mehr als 1919 besetzt.

Die öffentliche Bibliothek hatte 55 522 oder 4599 Bände mehr als im Vorjahre aus und die Leihbibliothek nur 19 748 Bänden oder 5997 mehr als 1919 besetzt.

men der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. — Die Neuwahlen zur Bürgerchaft sollen am 20. Februar stattfinden.

Riel. Unterschlagungen bei der Quäterspeisung. Unterschlagungen von Lebensmitteln sind in der Küchenverwaltung der Turnhalle Goshstraße entbeut worden.

Bremen. Folgen des Krieges. Die Bremer Staatschuld beträgt 902 Millionen Mark gegen 314 im Jahre 1914. Die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten hat der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht.

Arbeiterbewegung.

Ein Streik von 11 000 Hafnarbeitern ist am 1. Januar in Newyork zu erwarten.

Reich und Ausland.

Eine Kassette mit 600 000 Mark geraubt. Ein schwerer Einbruch wurde in die Kesselfabrik von W. Hante in Tempelhof, einem Vorort von Berlin, verübt.

Der weiße Tod. Beim Herabholen von Bergheu aus einer Bergkette hielten nach einer Meldung aus Süßen in der Nähe von Looz drei bayerische Bauern in eine Lawine und fanden den Tod.

Cholera in einem russischen Flüchtlingslager. Aus Stockholm wird gemeldet: Eine Choleraepidemie ist in einem russischen Flüchtlingslager ausgebrochen.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Am vorletzten Sonntag weckte die erste Mannschaft des Ballspielvereins „Vorwärts“ (Lübeck) in Flottbeck zu einem Gesellschaftsspiel. Nach leicht überlegenem Spiel konnte „Vorwärts“ mit 6:3 Toren den Platz verlassen.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Table with 3 columns: Location, 28. Dez., 28. Dez. Locations include Holland, Kopenhagen, Stockholm, Kristiania, Helsingfors, Schweiz, Wien, Budapest, Prag, Spanien, London, Paris, Belgien, Italien, Bukarest, N. York telegr. Ausz., do. briell. Ausz. od. Scheck.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with 4 columns: Dampfer, Segler, Schiffsname, Kapitän, Herkunftsort, Fahrzeit, Lage Stb. Includes arrivals and departures for Dec 29.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlag von J. H. W. Dieckmann & Co. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: „Materialismus und Idealismus“.

Josef Dieckmanns kritischer Materialismus geht von der Erfahrung als letzter Grundlage aller Erkenntnis aus. Zur Prüfung seiner Thesen beruft er sich auf des Lesers eigene Erfahrung.

Wir glauben sogar den Rationieren einigen originellen Aufschlag in dieser Broschüre versprechen zu dürfen, namentlich über das heute vielgenannte Problem der Relativität.

Angrenzende Gebiete.

Die hamburgische Verfassung wurde am 1. Januar 1920 in Kraft getreten.